

Wiltchen Provinzen vom 30. Mai 1893 anheine; dann aber hier es weiter:

Gleichwohl hat in Liebermannsicht mit dem Hainischen Antrag und dessen Folgerungen nicht für geratet erachtet werden können, die Städteordnung vom 30. Mai 1893 in Reich und Provinzen in Schleswig-Vollstein einzuführen. In den fünfzehn Jahren ihres Bestehens haben nicht allein mancher ihrer Bestimmungen sich als unzulänglich erwiesen, sondern auch die Durchführung der Verordnungen, die sich auf die Städteordnung beziehen, ist nicht in dem Maße erfolgt, wie es zu erwarten war. Die Städteordnung hat in manchen Beziehungen eine Neufassung in Frage kommt, in mancher Beziehung zweifelhaft geworden, wie denn auch bei Erteilung der Gemeindeverfassung für Frankfurt a. M. durch die Verordnung vom 25. März 1897, welche im übrigen sich eng an die Städteordnung vom 30. Mai 1893 angeschlossen hat, es vorgesehen worden ist, von dem Dreifünftelstimmen abzugehen. In gleicher Weise hat die Städteordnung für die ostpreussische Provinz die dortigen Stadtkommunen für das hiesige bestehende gleichmäßige Stimmrecht der gesamten mit Wahlrecht überaus versehenen Bürgerchaft.

Das war 1898. Jetzt schreiben wir 1900, da soll das Dreifünftelstimmenrecht, das schon vor vierzig Jahren von der Regierung vorgeschrieben wurde, in Kiel seinen Eingang halten! Das ist der Fortschritt in Preußen!

Der Fürst als Volkstribun.

Im Reichstagswahlkreise Düren-N. ist sich präsentiert das Zentrum seinen Wählern bei der bevorstehenden Wahl dem Fürsten Alfred Salum-Neifferscheidt-Dun als „Volkstribun“.

Der Fürst hat seit 1893 erblicher Inhaber des Ehrenamtes und zugleich Vizepräsident des Vereins vom heiligen Lande. Die Zentrum Arbeiter protestieren in einer großen Versammlung gegen die Fürst-Kandidatur.

Vor etwa anderthalb Jahren hat sich die sozialdemokratische Presse mit diesem Herrn einmal eingehender befaßt. Die damaligen Mitteilungen verdienen jetzt in die Erinnerung zu rufen: Auf Schloß Dn im rheinischen Kreise Grewenbroich war der damalige Herrscher im Alter von 78 Jahren gestorben. Er hatte fast fünfzig Jahre im Dienste der fürstlichen Familie gelebt. In der in den Zeitungen erschienenen Todesanzeige rühmt ihn Fürst Salum eine „raffine, aufopfernde Tätigkeit“ nach; für das Schloß Dn habe er „bis zu Letzt Schloß und Gärten gepflegt“. Dann schreibt Fürst Salum in der Todesanzeige (1): „Wenn heute, im Zeitalter des Geistes und der Wissenschaft, wo jeder Herr sein Will und Aufopferung ein Leeres Wort geworden ist, manches Auge bange in die Zukunft blickt, in die Zukunft der eigenen Familie und des Vaterlandes, so schlägt das Herz wieder hoffnungsfreudiger bei dem Gedanken an das mächtig wirkende Beispiel solcher Männer, die nur (!) Arbeit, Treue und Selbstverleugung gekannt.“

Es mühte wunderbar an, einen Agrarier gegen Geistes und Wissenschaftlichkeit dornen und für Aufopferung und Selbstverleugung schmähen zu hören. Aber der Fürst meint in die andere Richtung: Herrig hat die Tatsache, daß der Herr in seinem geduldeten feudalen Dasein wider allen Widerstand in einer Todesangelegenheit zu einem realen Untergrund: Auf Schloß Dn war nämlich kurze Zeit vorher ein Streik der Bediensteten gewesen, weil die Leute nicht länger als 70-Minuten im Minut für 120 Mk. im Sommer für 150 Mk. ohne Kost arbeiten wollten. In der Tat eine unverkennbar „sozialistische“, die nicht mehr für das fürstliche Köhne in „raffine aufopfernde Tätigkeit“, „Schloß und Gärten pflegen“ will und die noch etwas anderes kennt als „nur Arbeit, Treue und Aufopferung“. — Wie muß dieser fürstliche Zentrumschrift beauern, daß die Zeiten der Leibesgenossenschaft endgültig vorüber sind!

Die erwähnte Protestversammlung in Düren ging von Leuten, die jahrelang Vertrauensmänner in der Zentrumspartei und in den Zentrumsgewerkschaften besessen haben. Der Einberufer erntete von der tausendköpfigen Menge stürmischen Beifall, als er gegen die Fürst-Kandidatur zu Felde zog. Ein Vertreter des offiziellen Zentrums, ein Gewerkschaftsbeamter, erklärte, daß auch er wieder in der Zentrumspolitik verirrte müßte; besonders könne er sich mit dem Vorgehen der Partei in den Steuerfragen nicht einverstanden erklären. Inzwischen der Fürst sei ein Mann, der für „alle Stände“ eintreten wolle. Das Vorgehen der Versammlung ließ den Redner nicht weiter sprechen.

Kleines Feuilleton.

Das Nicht der Schwangeren.

In der „Wiener Arbeiterzeitung“ lesen wir: Die jugendliche Wamian eines großen Bureau's ist nicht nur verlobt, sondern hat schon in anderen Umständen. Die Eltern leben es und ihr Gegen teil der Jungfer Mutter zum Glück werden. Die Wamian wird von dem Chef hingerufen, man teilt ihr mit, daß die Firma, leider, mit Rücksicht auf das gesamte Personal und auf die Klienten des Bureau's, so ihren aufrichtigsten Bedauern genötigt sei, die Dame sofort zu entlassen. Die Entlassene, die mit den hundert Kronen Monatsgehalt gerade für ihre schwermütige Zeit genötigt hatte, sich mit den höchstschmerzlichen Rücksichten nicht zufrieden, sondern bringt beim Bezirksgericht für Handelsfachen in Wien eine Klage auf Erlass der ständigen Besetzung ein. Und gewinnt den Prozess. Die Zeitung, „Das Recht“, der wir diesen Fall entnehmen, gibt auch die wichtigsten Sätze aus der Urteilsgründung wieder. Sätze von blinder juristischer Schärfe. Zunächst wird festgestellt, daß die aufgerichtete Schwangeren unter Umständen einen Entlassungsgrund im Sinne des Gesetzes darstellen kann. So wenn der Fall des Art. 64, §. 6, G. S. B. vorliegt. Aber der zitierte Artikel zeigt nur a. b. daß kein Erfordernis nach dem gegeben ist, wenn der Lebenswandel der Schwangeren als unzulässig erscheint. Dies wieder etwa der Fall da, wo die Schwangeren den Gesellschaften zum Zwecke des Erwerbes pflegt. Und man nun auch die betreffende Anweisung (ob mit Recht oder Irrtum, bleibt dahingestellt) schon die Tatsache der unzureichenden Empfangnis an und für sich als unzulässige Handlung kennzeichnen, von einem unzulässigen Lebenswandel kann, wenn diese Tatsache allein vorliegt, nicht gesprochen werden. Nach dem die Wamian die Schwangeren nicht abgelehrt, geht es daran, die im Gesetz erwähnten „besonderen Gründe“ zu untersuchen, die zur Entlassung einer Schwangeren berechtigen. Wenn es sich zum Beispiel um eine Verkäuferin in einem offenen Laden handelt, wo Kinder als Kunden auftreten. Dies aber handelt es sich um ein Bureau, in dem überleben kein Bedarf von Kinderleuten im Laden stattfindet, und da meint das Gericht, daß die Aufstellung, als hätte die Angestellte wegen des Zustandes der Schwangeren Anstoß erregt, als Verdächtige betrachtet werden. Es ist notwendig, daß die heutigen Erwerbsverhältnisse, zumal in der Großstadt, die eheliche Verbindung immer mehr und mehr erschweren. In einem großen Teil der Bevölkerung, welche die Zusammenhänge der ehelichen Verbindung nicht mehr empfinden, auch die Gruppe der Angestellten, zu denen die Klägerin gehört, findet unter den schwie-

Nicht besser erging es den anderen Verteidigern der offiziellen Kandidatur. Obwohl die Freunde des Fürsten sämtlich versagte, mit allen Kräfte vertraute Redner, die wenigen Wortführer der katholischen Arbeiter aber unbesohlene Sprecher waren, trugen die letzteren einen vollen Sieg davon. Die Erwähnung liegt aus keinem, als die Praktiken bekannt wurden, mit denen das offizielle Zentrum gegen die Ansprüche der Arbeiter gewirkt hat und als darauf hingewiesen wurde, daß die Zentrumspresse die Aufnahme der Versammlungszugänge verweigert hat.

Man ließ schließlich die Verteidiger des Zentrums gar nicht mehr zum Wort kommen, sondern schrie sie nieder. Die Versammlung beauftragte das Komitee, Schritte zur Aufstellung eines den katholischen Arbeitern genehmen Kandidaten zu tun.

Deutsches Reich.

Unter der Krise. Unter der Einwirkung der Wirtschaftskrise in Verbindung mit der vor einigen Jahren getrossenen Tarifreform ist der Reinertrag der badischen Staatsbahnen von 26 Millionen im Jahre 1907 auf 13 Millionen im Jahre 1908 gesunken. Die Regierung will dadurch Abhilfe schaffen, daß sie die beschleunigten Verzonungen weglassen läßt, in denen der Fahrpreis in der dritten Klasse pro Kilometer zwei Pfennig beträgt, also so hoch ist, wie in Preußen in der vierten Klasse. Die Badisinstamm und Reichsbahnarbeiter protestieren gegen diese reaktionäre Maßnahme der Regierung.

Deutsche „Kolonisation“. Wegen „hepatischer Umtriebe“ gegen die deutsche Verwaltung in Ostasien ist der Kaiser Schah von Persien ein Geisels in Zanzibar nach der Insel Persien „deportiert“ worden. Schah von Persien nach dem „Kriegsminister“ Mohammedan beim Bezirkskommandant von Zanzibar angeklagt worden mit der Bitte, seinen „Umtrieben“, welche die Bevölkerung „beunruhigen“, ein Ende zu machen. Er wurde zwangsweise nach Dar-es-Salaam befördert und von dem Gouverneur nach der Insel Mafia verwiesen.

Diese ungläublich klingende Meldung macht die „Köln. Ztg.“ Sie erfordert sofortige Aufklärung.

Was ist ein Neue-Gesetz? Diese Frage wurde in der Budgetkommission des Reichstages aufgeworfen bei einem Titel, unter dem 85 145 Mk. getordert werden. Der Kriegsminister setzte auseinander, daß aus diesem Fonds Weisungen an die Unteroffiziere und Mannschaften gegeben werden, über die der Kaiser Revue abhalte. Selbstverständlich bewilligte die Budgetkommission ohne weiteres daraufhin mit Hurra die geforderte Summe.

Erschließliche Schulverhältnisse. In Weilsheim bei Solmar mußte die Schule wegen Mangel an Schulmaterial geschlossen werden. Der Zustand der Schulräume ist ein solches, daß die Beschäftigten Anforderungen. Obgleich es nach Aussage der Vorstände die schlechtesten Schulräume des ganzen Reiches sein sollen, ist dies doch noch zweifelhaft. Auch in Wingen im Kreise Zabern erhalten die Schulinder in ungeheuren Nämten den Unterricht. Dem Lehrer sind die Vorkosten von zwölf Kubimeter Holz um zwei Kubimeter vermindert worden, da angeblich aus der Geißliche bei dem selbständigen Holzunterstützt Feuerholz brauche.

Die Justiz gegen die Wahlrechtsforderer. In Dresden wurde wiederum ein Wahlrechtsdemonstrant zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Nationalliberaler Parteitag. In der letzten Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei wurde der geschäftsführende Ausschuss beauftragt, die Vorbereitungen für den diesjährigen allgemeinen Parteitag der Partei zu treffen. Dieser soll im letzten Drittel des Septembers in Eisenach stattfinden, und damit zugleich die 50-jährige Erinnerungsfest für den Nationalverein verbunden werden, zu dem am 14. August 1859 der Grundstein in Eisenach gelegt wurde.

Frankreich.

Die Erfolge des 3. März.

Man schreibt uns aus Paris unter dem 3. März: Die Nachrichten, die gestern hattergeben haben, bedeuten in ihrem Gesamtergebnis einen großen Erfolg der sozialistischen Partei und eine weitere Etappe in dem Zerlegungsprozess, dem die radikale Partei verfallen ist. Damit zugleich bedeutet sie eine Niederlage des Ministeriums Clemenceau.

Ein Interview mit Ajev. dem Reicherscheffel, hat ein Mitarbeiter der „Evening News“ in London gehabt. Ajev, der sich ihm erst nicht zu erkennen geben wollte, ließ sich schließlich stellen und erklärte: „Ich schloß mich der revolutionären Partei als Jüngling an, nicht weil ich Sozialist gewesen wäre, sondern aus Abenteuerlust. Jedoch, nachdem ich mich mit der Partei verbunden hatte, wurde ich als zureichender Grund zur vorzeitigen Auflösung des Dienstverhältnisses. In Zeiten, wo die Zensur über das Gerichtsverhältnis und die Zivilrechtsmeister so laubhaftig geworden ist, verdient dieser erquickend vernünftige Widerspruch öffentlich aufgestellt zu werden.“

Ein Interview mit Ajev. dem Reicherscheffel, hat ein Mitarbeiter der „Evening News“ in London gehabt. Ajev, der sich ihm erst nicht zu erkennen geben wollte, ließ sich schließlich stellen und erklärte: „Ich schloß mich der revolutionären Partei als Jüngling an, nicht weil ich Sozialist gewesen wäre, sondern aus Abenteuerlust. Jedoch, nachdem ich mich mit der Partei verbunden hatte, wurde ich als zureichender Grund zur vorzeitigen Auflösung des Dienstverhältnisses. In Zeiten, wo die Zensur über das Gerichtsverhältnis und die Zivilrechtsmeister so laubhaftig geworden ist, verdient dieser erquickend vernünftige Widerspruch öffentlich aufgestellt zu werden.“

Von den zur Wahl stehenden Mandatanten hätte die sozialistische Partei keines befehlen. Das Resultat ist für uns die Eröberung eines Mandats in Lyon im ersten Wahlgange und die sichere Aussicht, in Lyons in der Stichwahl ein zweites zu holen. Beide Mandate gehören bisher dem Radikalen. Das mit freier Verzicht auf die sozialistische Partei bei den Nachwahlen auf vier Mandaten.

Im allgemeinen haben wir einen außerordentlich großen Stimmengewinn zu verzeichnen. Nur zwei Wahlkreise haben darin eine Ausnahme: Der erste Wahlkreis im Departement Aisne, wo wir 1900 Stimmen verloren und der 1. Wahlkreis von Clermont-Ferrand, wo wir 1000 Stimmen einbüßten. Schuld ist die mangelhafte Organisation, das Fehlen der sozialistischen Presse und die eigentümliche Wahlorganisation. In beiden genannten Kreisen fanden sich zwei Radikale gegenüber, ein ministerieller und ein antiministerieller. Das Gros der meist kleinbäuerlichen sozialistischen Wählerchaft stimmte bereits im ersten Wahlgange für den antiministeriellen Kandidaten, zumal die sozialistischen Kandidaten hier wie dort keinerlei Aussicht hatten. In dem hier umrittenen Wahlkreis von Louvain siegte der reaktionäre-radikale Kandidat gegen den Genossen Renaud mit 8237 gegen 5828 Stimmen. Obwohl der Radikale hier sehr geringen. Als einziger Kandidat aufgestellt hatten und das erste von Prefekten bis zum letzten Radikalmänner von den Radikalen bis zu den unabhängigen Sozialisten gegen uns mit Hochruhm arbeitete, dann können wir stolz auf diese „Niederlage“ sein.

Im 4. Wahlkreis von Lyon, wo Genosse Rogers, Vichou, mit 4513 gegen 3691 bürgerliche Stimmen gesiegt wurde, liegen unsere Stimmen um 1900 gegen die letzte Wahl. Im Wahlkreis von Moutiers (Savoie), liegen unsere Stimmen von 0 auf 238. Im 3. Wahlkreis des Departements Seine-et-Maire, von 0 auf 1671. Im 2. Wahlkreis von Pontivy von 1393 auf 1803. Im 1. Wahlkreis von Amiens von 5092 auf 8996. Hier fehlen uns nur 400 Stimmen zur absoluten Mehrheit. Den Ausschlag geben die Radikalen, die 4700 Stimmen verloren, und damit den Wahlkreis, und ein „revolutionärer Sozialist“, mit 310 bzw. 300 Stimmen. In dem davon beobachteten Kreise Doullens liegen unsere Stimmen von 605 auf 922. Im 6. Wahlkreis des Departements Yonne schließlich liegen die sozialistischen Stimmen von 0 auf 2151. Wir begnügen uns an diese Zahlen aufzuführen. Der Niedergang der Radikalen ist sehr gering. Die Triumphe der Sozialisten über die Partei von Lyon, der in Wahrheit ihre Schwach ist, bleibt ihnen denn auch in der Sache stehen. Nur die „Affäre“ wimmert über die Haltung der Sozialisten, die gestern Herrn Clemenceau bei der Vertrauensabstimmung des früheren Ministers Rouquet aufstießen. Herr Clemenceau konnte zwar seine Rede inmitten eines dreimal gestörten Publikums und umgeben von einem Riesenauflauf von Polizei und Kavallerie halten. Er konnte aber nicht verhindern, daß Tausende von Wählern Arbeiter die Stimmen der Forderung mit Pfiffen und dem Gesang der „Internationale“ ausbrachten. Auf Umwegen, in einem unheimlichen Automobil, fuhr Clemenceau daher, um der verdienten Anerkennung zu entgegen. Über 150 Verhaftungen wurden vorgenommen. Das Polizeiaufgebot, die handhabe Brutalität, verbunden mit den Wahlbelägen der Radikalen, das bietet zusammen ein wenig schönes Bild der Regierung Clemenceau.

Das Ende des Zeitlinterleiters.

Paris, 9. März. Wie aus Moskau berichtet wird, ist ein Einvernehmen zwischen den ausländischen Arbeitern und den Fabrikbesitzern erzielt worden.

Rußland.

Was die Duma bewilligt.

Petersburg, 9. März. Die Duma bewilligte 40 Millionen Rubel zur Verwirklichung der Kriegsvorräte und Munition.

Parteinachrichten.

Zentrumliste der Partei. Der Minister der badischen Landesorganisation und Sekretär des 11. badischen Reichstagswahlkreises, Genosse Heinrich Schäfer in Mannheim, ist an den Folgen einer Blinddarmerkrankung gestorben. Gen. Schäfer war noch auf unserem Landesparteitag in Offenburg in voller Mäßigkeit und Gesundheit anwesend und beteiligte sich an den Verhandlungen. Mit Schäfer ist ein pflichttreuer und treuer Arbeiter der Partei gestorben. Die badische und deutsche Sozialdemokratie verlieren in ihm einen tapferen Kampfgenossen.

revolutionäre selbst. Zwar hat dem Ministerpräsidenten Stolypin die reaktionäre Mehrheit der Duma, die auf Grund eines neuen Wahlgesetzes zustande gekommen ist, ihr Vertrauen ausgesprochen, als er abtritt, daß die russische Regierung selbst Attentate provoziert, um den Galgen, die Kränze und die Ausbannung aufzuhalten, aber die Arbeiter von den Revolutionspartei in Wien. Man nennt die Radikale Nicht-Genossen. Aber man kann es wohl begreifen, wenn selbst ein Ajev sich moralisch erheben dürfte über die Stolypin und Radikale, die heuchlerischen Wörder am Ministerium.

Heber eine Eisenbahnfahrt in Japan

gibt Professor Joseph Schmitz in einem interessanten Aufsatz: Karawane Eisenbahnen, dessen Schluss das Märchen der „Eidwäuschen Monatsheft“ veranlaßt, folgende hübsche Schilderung: Wie nett und gemütlich ist es in dem Abteil des japanischen Bahnzuges, in dem wir vortrefflich untergebracht sind! Längs der Seitenwände stehen hier die gepolsterten Bänke hin, auf denen es sich bei einheimischen Passagieren, wenn der Zug sich mit unterhaltigen Feinen schieben, bequem gemacht haben. Heberlich, aus fremdem Mund zu vernehmen, daß ihr schönes Land schon fast erschöpft sei in Lebensüberfülle und Aufmerksamkeiten; der eine teilt uns von seinem Reichthum mit, der andere bringt eine englische Zeitung, ein dritter bietet uns Obst an. Es recht sich vorzüglich in der japanischen Eisenbahn, die sich durch manche, auch in uns mütterliche Einrichtungen auszeichnet. So ist auf jeder Station der Name der nächstfolgenden angegeben; ebenso ist bei jeder Station eine große Tafel mit weißlich lesbaren Schriftzeichen angebracht, die in japanischer und englischer Sprache die Schienenabstände des Ortes und seiner Nachbarn sowie die Entfernungen aufweist. Selbst auf kleineren Stationen werden Zeitungen, Obst, Zafal, Getränke und Speisen feilgeboten, und zwar wird nicht bloß in eine heimischen sondern auch den fremden Bedürfnissen Rechnung getragen, für die in niedlichen Holzschalen (Went) Wädeln mit Schinken, Käse, harten Tieren und Salz bereit stehen. Verzüglich Fräulein nehmen dem Reisenden, kaum daß der Zug hält, die Sorge um sein Gepäck ab und sind ihm bei der Führung der Fahrkarte beistehend; und während der Fahrt durchwachen aufmerksame Wächter die Wagen der ersten und zweiten Klasse, stauben die Bänke ab, reinigen den Fußboden, bürsten die Reisenden ab und vermitteln auf Wunsch Tee und sonstige Erfrischungen. Und dann die bestialischen Reaktionen der japanischen Eisenbahnen: Die Wädeln für vierstündige Bahnfahrten zweiter Klasse 3 Yen 25 Sen, also etwa 8 Mark, während bei uns die kürzere Strecke München-Wien 28 Mark 90 Pfennig kostet.

Deutscher Reichstag.

223. Sitzung. Dienstag, den 9. März, nachmittags 2 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Weingesezes.

Die ersten beiden Paragraphen werden debattellos angenommen. § 3 bezieht sich mit der Zuerkennung des aus inländischen Trauben gewonnenen Weines oder Weines. Ein Antrag Paasche (natl.) will, daß der Zusatz an Juckerwasser ein Viertel anstatt ein Fünftel betragen darf. Ein Antrag Hornmann und Müller-Vieland (Freil. Volkspartei) will, daß die Zuerkennung anstatt bis zum 31. Dezember bis zum 31. Januar vorgenommen sein muß, wie es ursprünglich in der Regierungsvorlage auch lautete.

Abg. Dahlem (Zentr.) wendet sich gegen den Antrag Hornmann. Wer seinen Wein zudem will, hat bis zum 31. Dezember Zeit genug. Sollte die Regierung das Gesetz hienach scheitern lassen, so mag sie es auf ihre Verantwortung tun. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Freiherr v. Hehl zu Herrnsheim (natl.) hält die von der Kommission gemählte Fassung des Gesetzes für die beste (Hört, hört! im Zentr.) und will unter allen Umständen daran festhalten.

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Staatssekretär des Innensachen v. Schön mann" ebenfalls einträglich vor Annahme des Ges. unter Hinweis auf die bestehenden Abkommen mit Italien und Frankreich. In Frankreich, mit dem wir in einem Weingebirgsantrags-Verhältnis stehen, hat die beabsichtigte Einführung des Deklarationszwanges für ausländische Weine schon zu großer Erregung geführt. Stellen Sie die Regierungsvorlage wieder her, zum mindesten die Bestimmungen der nationalen Weingebirgs-protokolle genügend gemacht sind.

Abg. Dr. Blankenhorn (natl.) bedauert die absehbare Regierungserklärung. Der § 66 sei für den deutschen Weinbau von größter Wichtigkeit.

Abg. Stauffer (Wirtsch. Vgg.) wendet sich gegen den Antrag, die Frist für die Zuerkennung bis zum 31. Januar auszudehnen. Die Handelsverträge mit Italien würden durch den § 66 in keiner Weise berührt.

Abg. Raumann (Freil. Vgg.): Den Antrag Paasche auf Entzifferung der Zuerkennung aus dem Gesetze bitte ich abzulehnen. Der Grundgedanke des Gesetzes würde dadurch verschwinden. Auch der andere Antrag Paasche ist unannehmbar, die Ausdehnung der Zuerkennung bis zu einem Viertel würde dahin führen, daß das Getränk bald kein Wein mehr ist. Die anderseitigen Bestimmungen des Auslandsgesetzes sind nicht einzufließen. Nach den Handelsverträgen kann doch ein ausländischer Wein nicht das Recht haben, als deutscher Wein bezeichnet zu werden. Freilich soll das Gesetz nicht an dieser Bestimmung scheitern. (Hört, hört! bei den Soz.)

Das Haus verlegt sich. Präsident Graf Stolberg schlägt vor, morgen keine Sitzung zu halten, da die Budgetkommission den Tag für ihre Arbeiten wünscht.

Abg. Ledebour (Soz.): Auch ich bitte, morgen nicht ausfallen zu lassen. In der Budgetkommission wird überflüssig viel getrieben. (Gr. Heiterkeit.) Die Budgetkommission kann auch auf andere Weise fertig werden, ohne das ganze Haus zum Stillen zu bringen.

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Wacht. im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Weisfall rechts.)

die gemäßigten Moralisten, die eine „Gefühlsregung des Volkes“ nur von einer möglichst dramatischen Verschärfung des Strafgesetzes erwarten.

Von außerordentlicher Bedeutung ist die weitere Feststellung der offiziellen Kriminalstatistik, die Steigerung der Kriminalität bekräftigt sich hauptsächlich auf eine Zunahme des gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Verbrechertums. Unter den Verurteilungen insgesamt hat innerhalb 25 Jahren die Zunahme der Nichtvorbestraften 241 Proz., die der Vorbestraften aber 184,6 Proz. betragen! Ob die Rückfälle zum größten Teil in den Personen der Rückfälligen begründet sind, darf billig bezweifelt werden, nachdem die Gerichtslandstrafen so viele Affären aufweist, wo a la Hauptmann von Köpenick die „Polizeiaufsicht“ den Vorbestraften die Wiederkehr in ein ordentliches Erwerbleben so schwer macht. Straßvolk und nachfolgende politische Medecinen treiben sehr viel ehemalige Strafgefangene unrettbar in die Arme des gewohnheitsmäßigen Verbrechertums.

Vertrachtet man die Verurteilten in bezug auf ihr Geschlecht, so stellt sich eine Vermehrung der männlichen Verurteilten um 29,1 Proz. heraus, dagegen ist die Zahl der weiblichen Verurteilten um 1,3 Proz. zurückgegangen. Auch wenn man die jugendlichen herausreißt, findet sich die sehr erhebliche Vermehrung der männlichen Verurteilten von 43,5 Proz., mögen die Ziffer bei den jugendlichen weiblichen Verurteilten gegen 1902 um 1 Proz. gefallen ist. Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben,“ sagte schon Schiller, und wenn auch inzwischen die gewerbeltätige Frau in unserem Gewerbeleben eine Manneserziehung geworden ist, so liegt es doch in der Natur der Sache, daß noch immer der Knabe in erster Linie den Lebenssturm durchzustampfen hat, voraus sich die höhere Kriminalität der männlichen Jugendlichen ergibt.

Ebenfalls beweist die ungleich höhere absolute Zahl der in der Industrie, Handel und Verkehr tätigen Verurteilten (312.845) gegenüber der in der Landwirtschaft tätigen Verurteilten (94.933), wie der schärfste Kampf um die Erziehung einhergeht mit der Aufspaltung der Klassenangehörige, die sich vor allen Dingen in der Industrie und im Handel vollzieht.

Auch auf das Verhältnis des religiösen Bekenntnisses zur Kriminalität wirkt die offizielle Statistik ein interessantes Schlaglicht. Nach der letzten Zählung der Angehörigen der Religionsgemeinschaften (1. Dez. 1905) waren von 100 Reichs-einwohnern 62 Evangelische, 36 Katholiken, 1 Jzseitl. Von den 1906 verurteilten Personen waren aber rund 67 Proz. Evangelische, 42 Proz. Katholiken, nicht 1 Proz. Jzseitl! Danach wäre die Kriminalität allgemein bei dem katholischen Volksteil am ungünstigsten.

Greift man einzelne Landesteile heraus, so macht man hier eine parteipolitisch interessante Entdeckung. Am härtesten kriminal belastet waren Bremen mit 220 Proz., in rheinische Bayern mit 133 Proz., Provinz Ostpreußen mit 154 Proz., Berlin mit 133 Proz., Hamburg mit 143 Proz. der Zivilbevölkerung. Die Ergebnisse sind aus einer Reihe von statistischen und individuellen Ursachen die Sammelplätze der Gewohnheitsverbrechen; hier, wo sich der Weich am profügsten breitet macht, bieten sich die meisten und besten Gelegenheiten zu Eigentumsverbrechen. Sodann sind die Hafenstädte der Hauptstützorte einer internationalen Verberberant. Doch aber wieder eine Domäne der „christlich-sonderbaren, Inigstrücker“ Junker, die Provinz Ostpreußen, kriminal härter belastet ist wie die beiden größten Städte Berlin und Hamburg, wirkt ein beziehendes Licht auf die „wreuchliche Vende“. Nicht die mit reichen Arbeitermalen erfüllten Industriebezirke und ältesten sozialdemokratischen Hochburgen weisen die härteste kriminalistische Belastung auf, sondern da wie die Junker herrschen, die dem Volke sukzessmäßig die notwendige Bildung vorenthalten, haben die Verbrechen ihren fruchtbarsten Boden.

Zur Gründung einer eignen Presse im Zeiter Kreise:
Huc. Extraktor des Spielstubs Huc 4.— Markt. H. R.
Potemtschen. Arbeiter-Modellerverein Ködlin 4.10 Markt. Albin Stolze.
Seig. Regellklub Harmonie-Sabilla Extraktor 4.50 Markt. A. Leopoldt.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht und Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bod, für Lokales Otto Riebur, für Provinziales und Verammlungsberichte Walter Leopoldt, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Soziales.

Lehren der deutschen Kriminalstatistik.

Daß mit der Verschärfung des Kampfes um die Erfindung eine Zunahme der Verbrechen und Vergehen verknüpft ist, beweist die Vermehrung der Eigentumsverbrechen in Zeiten wirtschaftlicher Depression. Ein in beglücklichen Vermögensverhältnissen lebender Staatsbürger wird in der Regel viel weniger neugierig zum Diebstahl haben als ein vom Hunger gepeinigter armer Schuler. Es ist daher eine gedankenlose Redensart fatter Moralisten und Charaktere zu verkünden, die „Welt“ würde „immer schlechter“. Die im Band 185 der „Statistik des Deutschen Reiches“ (oben veröffentlichte Kriminalstatistik) verzeichnet zwar allgemein von 1882 bis 1906 eine Zunahme der wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze verurteilten Personen von 815.894 auf 834.112, was unter Berücksichtigung der Ziffer der in a m i n d i g e n Zivilbevölkerung eine Vermehrung von 29,4 Proz. bedeutet.

Dabei ist allerdings in Betracht zu ziehen, daß in dem betreffenden Zeitraum eine ganze Menge neuer Gesetze mit Strafbestimmungen erlassen worden; erinnert sei nur an das Gesetz betr. die Verurteilung des „unlauteren Wettbewerbs“, 1906 sind allein 21.291 Personen wegen Vergehen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen verurteilt worden, davon 62 mit Haft, 21.181 mit Geldstrafen, 20 mit Haft und 28 mit Gefängnis. Wegen Vergehen gegen das Sinderfahrgesetz wurden 3296 Personen verurteilt. 1882 befanden die meisten hierher gehörenden sozialpolitischen Gesetze und Verordnungen noch nicht. Die Vermehrung der Verurteilungen ist also gütenteils auf eine erst in neuerer Zeit vorgenommene Gesetzverschärfung zurückzuführen.

Die Behauptung, das Volk würde „immer zuchtloser“, womit die Scharfmacher die sozialistische Propaganda treffen wollen, wird widerlegt durch eine sehr wichtige kriminalistische Konstatierung. Die Zahl der zu Zuchthaus Verurteilten ist seit 1882 um 55,6 Proz. zurückgegangen, die Zahl der zu Gefängnis Verurteilten ist insgesamt um 16,7 Proz., bei den jugendlichen speziell seit 1889 um 15,9 Proz. zurückgegangen! Danach steht fest, daß sich die schweren Verbrechen in erfreulich starkem Maße verringerten, sehr fatal für

Grosse Gardinen-Woche.

Ein selten günstiges Angebot in Engl. Tüll-Gardinen, nur bestbewährte, vorzügliche Qualitäten zu ausserordentlich billigen Extra-Preisen.

<p>Serie I: das Meter statt 60 Pf. 38 Pf. abgepasst, das Fenster 2²⁵ statt M. 3.50</p>	<p>Serie II: das Meter statt 80 Pf. 50 Pf. abgepasst, das Fenster 4⁰⁰ statt M. 6.75</p>	<p>Serie III: das Meter statt 105 Pf. 65 Pf. abgepasst, das Fenster 5⁵⁰ statt M. 7.75</p>
--	---	---

Ein Posten elegante Erbstüll-Stores statt 7⁰⁰ jetzt 4⁵⁰

Geschäftshaus J. LEWIN,

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

3 Tage für Kleiderstoffe!

Donnerstag

Cheviot

110 cm breit, reine Wolle, schwere Qualität, schwarz und farbig

Wert 2.85 Mk.

Ausnahmepreis Meter

1²⁵

Freitag

Englische Batiste

bedruckt, ganz feines seidenartiges Gewebe, entastende Muster

Wert bis 1.10 Mk.

Ausnahmepreis Meter

48 Pf

Sonnabend

Sammetflanelle

bedruckt, Ia. Fabrikat für Morgenröcke, Blusen und Kinder-Kleider

Wert bis 90 Pf.

Ausnahmepreis Meter

38 Pf

Im Parterre auf Extra-Tischen ausgelegt.

Mousseline

in schönen hellen und dunklen Mustern, darunter Ia. reinwollene Qualitäten

Wert bis 1.25 Mk.

Ausnahmepreis Meter 75 Pf., 58 Pf.

38 Pf

Hamburger
Engros-Lager
Leopold

NUSSBAUM

G. m. b. H.
Halle a. S.,
Gr. Ulrichstrasse
60/61.

Verband der Maler etc. Filiale Halle a. S.
Freitag den 12. März 1909, abends 8 1/4 Uhr,
bei J. Strelcher, H. Klausstr. 7.

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht der Delegierten von der General-Versammlung.
2. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht. Der Vorstand.

Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen
Zahlstelle Halle a. S.

Freitag d. 12. März ab. 8 1/4 Uhr im „Engl. Hof“, Gr. Berlin 14

Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Vortrag des Arbeitersekretärs, Gen. Goldberg über: Zeit und Streitfragen im bürgerlichen Recht. Kollegen! In Anbetracht des wichtigen Themas ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen und zu agitieren, da der Vortrag für jeden Kollegen von Wichtigkeit ist.
Die Orts-Vorwaltung.

Dtsch. Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Zeitz.
Freitag, den 12. März 1909

Sektions-Versammlungen

Sektion **Bau- u. Möbeltischler**, abends 6 Uhr bei Steinert.
Sektion **Instrumentenmacher**, abends 8 1/4 Uhr bei Steinert.
Sektion **Korbmacher**, abends 8 1/4 Uhr bei Gellstrich.
Sektion **Maschinenarbeiter**, abends 8 1/4 Uhr bei Gellstrich.
Tages-Ordnung für Tischler und Instrumentenmacher:
Das Benzin. Räuchern der Hölzer.
Tages-Ordnung für Korbmacher und Maschinenarbeiter:
Branchen- u. Werkstatt-Angelegenheiten.
Alle Kollegen und Kolleginnen müssen erscheinen. Die Verwaltung.

Soziald. Verein, Bornitz.
Sonntag den 14. März abends 8 Uhr in der „Wage“

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Leopold-Beit. 2. Bericht von der Gemeindevorsteher-Konferenz. 3. Bericht der Lokal-Kommission. 4. Geschäftsliches.
Alle Mitglieder, auch die weiblichen, letztere bekommen ihre Bücher, sollen kommen.
Der Vorstand.

MEUSELWITZ.
Sonntag, den 14. März, nachm. 1/2 Uhr im Restaurant „Glad auf“

Versammlung
der Lokalkasse der Bergarbeiter.

Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten. Die Verwaltung.

Soziald. Verein, Distrikt Bockwitz.
Sonntag, den 14. März, nachmittags 3 Uhr
in Waldans Zentral-Hotel

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über die französische Revolution. 2. Verschiedenes.
Der Distrikts-Leiter.

Achtung! Achtung!
Dtsch. Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Sangerhausen.
Sonntag, d. 13. März, abends 8 1/4 Uhr, im „Herrenkrug“

Winter-Vergnügen
bräufend in Theater und Ball.
Alle Genossen und Gewerkschaftsmitglieder ladet freundlichst ein
Die Ortsverwaltung.
Programme sind im Konsum zu haben.

Zentralverband aller in der Schmiederei beschäft. Personen Merseburg.
Zahlstelle:
Sonntag den 13. März 1909 in der „Kaiser-Wilhelms-Halle“

Brünzchen

wozu ergebenst einladet
Die Ortsverwaltung.

I. V. „Turnerbund“ Zangenberg.
Gesangs-Abteilung.
Sonntag d. 14. März im Lokale Deutsch. Kaiser, Aue

Abendunterhaltung

bestehend in humoristisch-theatralisch u. gesanglichen Vorträgen mit darauffolgendem Zänzchen.
Es ladet nochmals freundlichst ein
Anfang punkt 7 1/2 Uhr.
Der Vorstand.

Bitterfeld.
Schiess-Verein Freischütz!
Sonntag den 14. März im Restaurant „Gobenzollern“

gr. Preisschlessen.

1. Preis: 1 Regulator, sowie weitere 12 Preise.
Die Preise liegen im Siggarrengeschäft G. Blum, Halleische-Strasse zur Lin. 1 aus.
Von abends 7 1/4 Uhr an:
Ohne Karte kein Zutritt.
Der Vorstand.

„Preussischer Hof“, Zeitz.
Sonntag den 13. März 1909

Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert

ausgeführt von den Arbeiter-Gesangvereinen Concordia-Waldhorn Zeitz, Polyhymnia-Altenburg und der Stadtblaese.
Hierzu laden unsere passiven Mitglieder und deren Angehörige ergebenst ein.
Der Vorstand.
Programms sind bei allen Sangesmitgliedern zu haben.
Anfang präzis 8 1/4 Uhr. Nach dem Konzert BALL.
Ohne Einladungs kein Zutritt.

Zeitz. Ausverkauf. Zeitz.

Wegen Umzug: Fahrräder, Nähmaschinen, Sprech-Apparate, Wringmaschinen, Laufmatten, Luftschläuche Laternen, Glocken, Schallplatten und andere Zubehörtel bedeutend unter Preis.
Am 15. April ab befindet sich mein Geschäft Kallstraße 1
Emil Schneider, Kallstr. 4-5. Gr. Reparaturwerkstatt

Konsum-Verein Weinböhla.
Verkaufsstelle Elsterwerda.

Graupen, stark, à Pfd. 13 Pf., fein, à Pfd. 15 Pf.
Linsen, à Pfd. 12, 18, 24 und 32 Pf.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß gestern nachm. 5 1/4 Uhr mein lieber, guter Mann, der Siggarrmacher **Hermann Schnelle** nach langem, schwerem Krankentage plötzlich verschieden ist.
Dies zeigt tiefbetruert an die trauernde Witwe
Minna Schnelle geb. Hallo nebst Kind.
Die Beerdigung findet Sonntag den 13. März 1909 nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Zwintschöhna Nr. 25, 1. aus statt.

Sozialdemokratischer Verein f. Halle a. S. u. d. Saalkreis.
Todes-Nachricht.

Am gestrigen Abend, 5 1/4 Uhr, verschieden nach schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Siggarrmacher **Hermann Schnelle**
in Zwintschöhna.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Zwintschöhna Nr. 25, aus statt.
Um rege Beteiligung erbitte
Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres lieben Vaters, Bruders und Schwagers,
des Geschäftsführers **Hermann Engelhardt**,
sagen wir unsern tiefgefühltesten Dank. Insbesondere dem Hof- dem Transportarb.-Verbd., dem Mitglied G. Hambs, sowie der Filiale Dieritz, dem Herrn Pastor von Stothmann für die trostreichen Worte am Grabe und allen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, sei hierdurch herzlich gedankt.
Dieritz, 9. März 1909. Die trauernden Hinterbliebenen.

Cabakzollerhöhung aus „Patriotismus“.

Der deutsche Handelstag hat bekanntlich die Handelssteuer sowie einen Verzollungsvertrag, dagegen den Ausbau des bisherigen Zoll- und Steuerrechts empfohlen. Auf den gleichen Standpunkt haben sich auch mehrere Handelskammern, u. a. die Hamburger und Berliner Handelskammer, gefüllt.

Verschiedene öffentliche Äußerungen einiger Abgeordneten lassen darauf schließen, daß auch in deren Kreisen teilweise Zustimmung für eine Zollerhöhung vorhanden ist.

In dieser Situation erscheint es dringend notwendig, darauf hinzuwirken, nicht scheinbare Ungerechtigkeiten gegen die mittel- und hochqualifizierten Arbeiter und Mittelstand der deutsche Reichstag begehen würde, wenn er einer Zollerhöhung zustimmte.

Jede Erhöhung des Zolles bedeutet eine enorme Belastung der armeren Schichten der Bevölkerung zugunsten der Bessersitzierten.

Auch einem Nichtfachmann wird dies einleuchten, wenn wir voraussetzen, daß zur Anfertigung von 1000 Zigaretten im Durchschnitt 8 Kilogramm Tabak gerechnet werden und daß es unmöglich ist, lediglich aus inländischem Tabak Zigaretten herzustellen.

Wir haben bei unserer nachstehenden Berechnung für die billigen Sorten bis zu 40 Mark pro Milli nur das geringe Quantum von 1 Kilogramm ausländischen Tabak gerechnet und für die 5 Pfennig-Zigarette vorausgesetzt, daß sie zur Hälfte aus inländischem, zur Hälfte aus ausländischem Tabak zusammengesetzt sein sollte. In der ersten Rubrik haben wir die Belastung nach dem geltenden Zoll- und Steuerfuß angegeben, in der zweiten und dritten eventuell in Frage kommende höhere Zölle unter Beibehaltung der bisherigen Spannung zur Inlandsteuer.

Die Belastung stellt sich demnach wie folgt:

Zigaretten pro 1000 Stück	Zoll		pro Doppelgattung		Zoll		pro Doppelgattung	
	inland	ausland	inland	ausland	inland	ausland	inland	ausland
40	4	10,00	5,59	14,00	7,80	19,50		
50	5,20	10,40	7,48	18,00	9,60	19,20		
60	6,80	11,33	10	16,66	12	20,00		
70	6,80	9,71	10	14,29	12	17,14		
80	6,80	8,50	10	12,62	12	15,00		
90	6,80	7,55	10	11,11	12	13,33		
100	6,80	6,80	10	10,00	12	12,00		
120	6,80	5,66	10	8,33	12	10,00		
150	6,80	4,53	10	6,66	12	8,00		
180	6,80	3,78	10	5,55	12	6,66		
200	6,80	3,40	10	5,00	12	6,00		

Nicht in Anrechnung gebracht sind bei dieser Tabelle die Zölle, welche Fabrikanten und Händler bei Einfuhr höherer Zölle für sich infolge der größeren Kapitalanlage zu berechnen genötigt sind. Werden diese Zölle mit in Rechnung gestellt, so erhöht sich dadurch prozentuell noch die Belastung zumunsten der geringeren Sorten.

Bei einem Zoll von 150 Mark würde also die Belastung bei den 4, 5 und 6 Pfennig-Zigaretten um 9 Prozent und darüber steigen; je teurer die Zigarette wird, desto geringer wird die Mehrbelastung, welche schließlich bei den 20 Pfennig-Zigaretten nur noch 2,6 Prozent beträgt.

Es ist erklärlich, daß Fabrikanten, die vorwiegend Sorten in höherer Preisklasse anfertigen, gegenüber ihren Konkurrenten, die ausschließlich in niedriger und mittlerer Preisklasse arbeiten, bei einer Zollerhöhung nur gewinnen können; es nimmt uns auch gar nicht wunder, daß einige Großfabrikanten, denen diese Mittel zur Verfügung stehen, in einer Zollerhöhung gar kein Unglück erblicken, da diese ihnen das beste Mittel an die Hand gibt, sich der Konkurrenz der Kleinfabrikanten zu entziehen. Sollen sich lassen sich die Abgeordneten durch solche Zollerhöhungs-Versuche, aus Fabrikantenkreisen nicht laufen, welche doch nur ihre eigene Interessenspolitik unter dem Deckmantel des „Patriotismus“ verdecken.

Unter „Patriotismus“ wurde auch auf dem deutschen Handelstag seitens einiger Großindustrieller viel geredet; wie unsere Tabelle zeigt, geht der gut situierte Raucher von einem höheren Zoll für die feine Sumatra mit Havana prozentuell viel weniger, als der arme Arbeiter für seine „Gies-Waterland“-Zigarette.

Zu haben's die Besitzenden eben leicht, „patriotisch“ zu sein.

Beamten betroffen, die bei der Wohnungsvorlage nicht beachtet worden sind. (Sehr richtig! recht!)

Abg. G. H. L. (Freif. Wpt.): Die Unterbeamten sind durch das Kompromiß in jeder Weise benachteiligt, während nach der Regierungsvorlage ein Teil der Unterbeamten überhaupt keine Erhöhung des Wohnungszulagezuschusses bekommen. Die Differenzierung der Zulagestellen wird hoffentlich für immer begraben sein.

Abg. B. K. (Freif. Wpt.) begrüßt das Zustandekommen.

Abg. Strödel (Soz.): Ich habe in der Kommission gegen den Kompromißantrag gestimmt, um dadurch der Verbesserung Ausdruck zu geben, daß die berechtigten Wünsche der unteren und mittleren Beamten nicht genügend Beachtung trägt. Wir werden heute da für stimmen, aber nicht ohne daß ich vorher dem lebhaftesten Bedauern darüber Ausdruck gegeben habe, daß diese Wünsche der unteren und mittleren Beamten

so wenig berücksichtigt worden sind. Es war ein Fehler, daß das Wohnungszulagezuschußgesetz nicht in Verbindung mit der Beamtenbeförderung gebracht wurde. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es wurde bei der Beratung der Beamtenbeförderung immer auf die zu erwartende Erhöhung des Wohnungszulagezuschusses, namentlich für die unteren Beamten, hingewiesen. Ich habe schon damals der Verwirklichung Ausdruck gegeben, daß man den Ausgleich zwischen den unteren und mittleren Beamten dadurch herbeiführen werde, daß man die mittleren Beamten statt um 50 nur um 30 Prozent erhöhen solle. Er beträgt jetzt über 30 Prozent erhöht werde. Diese Beförderung ist leider eingetroffen. Der Zuschuß beträgt nun 60 M., im Durchschnitt weniger als nach der Regierungsvorlage. Das wurde nötig durch die Veranschlagung der früher befristeten Orte. Gerade bei den Unterbeamten wäre eine stärkere Erhöhung des Wohnungszulagezuschusses notwendig gewesen. Er beträgt jetzt 150-180 M., nach der Erhöhung um 30 Prozent, im Durchschnitt 200 M., das ist viel zu wenig. Wenn man auch darauf hingewiesen hat, daß die unteren Beamten bei der Wohnungsvorlage um 20 Prozent aufgeführt sind, die mittleren nur um 15 Prozent, die höheren Beamten um 7 1/2 Prozent, so hätte man sich diese schönen Prozentzahlen lieber die Kontenrollen anschauen sollen. Dann hätte sich ergeben, daß eine Aufhebung um 7 1/2 Prozent bei den höheren Beamten in der Tat mehr als das Doppelte des Betrages ausmacht, den eine Prozentige Erhöhung bei den Unterbeamten bedeutet. Im Durchschnitt wird der Zuschuß für die Unterbeamten um 77 M. erhöht, bei den mittleren Beamten aber um 183 M. ufm. und

in Klasse I um 328 Mark.

(S. H. L. b. d. Soz.) Selbst wenn man die 50prozentige Erhöhung vom Jahre 1906 hinzurechnet, so ergibt sich, daß bei den unteren Beamten der Zuschuß nur um 150 M. gegenüber 328 M. in Klasse I aufgeführt ist. Wenn man also davon spricht, daß seit 1906 der Wohnungszulagezuschuß der Unterbeamten um 100 Prozent aufgeführt ist, so kommt das nur, wie gänzlich unzulänglich der Wohnungszulagezuschuß vor dem Jahre 1906 war. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Angedacht dieser Tatsachen waren die Angriffe des Herrn v. Rappenheim bei der zweiten Lesung gänzlich unberechtigt, der mir Unwissenheit oder Wohlwilleit vorwarf, weil ich nicht von der Prozentigen Erhöhung für die Unterbeamten gesprochen hätte. Diese Art der persönlichen Angriffe scheint ja zu den Gepflogenheiten des Herrn v. Rappenheim zu gehören, denn auch meinem Freunde Weinert gegenüber hat er dieselben Ausdrücke gebraucht. Es hat sich also gezeigt, daß Herr v. Rappenheim der Erziehung außerordentlich bedürftig ist. Dadurch ist ja die Verpöthung nötig geworden, durch welche alle Parteimitglieder

„Wenig“, „Frechheit“

ufm. die den jähren Sammerherrn beweisen, in Zukunft aus dem amtlichen Stenogramm herausbleiben sollen. Wir werden uns mit Geduld und Nachsicht dem Erziehungsamt widmen. (Zurück rechts: Herr Hofmann — Abg. Hofmann (Soz.): Geben Sie mit gutem Beispiele, damit Herrfeldt) Wir brauchen wohl manchmal kräftige Ausdrücke zur Kennzeichnung unersetzlichen Standpunktes, aber persönliche Angelegenheiten ohne Provokation begeben wir nicht. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Die Spannung zwischen den einzelnen Klassen des Wohnungszulagezuschusses ist noch viel zu hoch. Es ist durchaus unzulässig, wenn man den oberen Beamten zwar eine anständige Wohnung zahlt, aber den unteren Beamten höchstens ein kümmerliches, eine Zweizimmerwohnung zu wickeln. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Daß die Mittel für eine Erhöhung des Zuschusses an untere und mittlere Beamte durch Sparmaßnahmen an geeigneten Stellen sehr wohl aufzubringen wären, haben wir Ihnen mehrfach nachgewiesen. Ich erinnere an die Gehälter der Gehilfen, an die 20000 Mark für den Gehaltsfonds der Polizei ufm. Nun, die Sache ist ja noch nicht erledigt. Ich hoffe, daß man sich im Jahre 1911 nicht nur mit einer Neuregelung der Ortssklassen begnügen wird, sondern das ganze Wesen des Wohnungszulagezuschusses in einer Weise umgestalten wird, daß die Forderungen der unteren und mittleren Beamten besser befriedigt werden als durch dieses Kompromiß. (Strahl! b. d. Soz.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. In der Abstimmung werden die Kompromißanträge angenommen.

Ebenso wird das Mantelgesetz in der Fassung der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend die Grenzsetzung der Beamten zur Gemeindefinanzverwaltung.

Die Kommission hat im § 1 das Kommunalfiskusprivileg der Geistlichen, Elementarlehrer und der bisher bezorechtigten unteren Kirchendiener, soweit sie nach dem 31. März 1909 in das Amtsverhältnis eintreten, beseitigt.

Nach einer Beratung wird ein Schlußantrag angenommen, der unterem Beschlusse die Sache vor Abschluß der Regierungsvorlage gegen die Stimmen des Centrum und der Polen abgelehnt, der konservative Antrag, das Steuerprivileg der Geistlichen aufrecht zu erhalten, wird mit den Stimmen der Konservativen, des Centrum und der Polen angenommen.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schulz 6 Uhr

Soziales.

Die Klagen der Witwen von Kaddob.

Am 6. März haben acht Witwen der bei der Kaddob-Katastrophe verunglückten Vergarbeiter beim Landgericht Dortmund die Klage eingereicht. Die Witwen handeln im Auftrage der letzten Witwenverammlung, die von etwa 3/4 der gesamten Witwen besucht war. Die Klage richtete sich gegen das Kammerhilfskomitee, an dessen Spitze der Oberbürgermeister von

Kamm steht. Dieses Komitee bildete sich unmittelbar nach der Katastrophe und sammelte dann 1 1/2 Millionen, die es an das Zentral-Hilfskomitee, das vom Oberpräsidenten geleitet wird, abführte. Das Zentralkomitee hat aus der Spende eine Rente festgesetzt, nach der jede Witwe monatlich 12,50 M. und ferner jedes Kind 6,25 M. erhält. Ausbezahlt ist heute vier Monate nach dem Unglück bis auf eine Weihnachtsunterstützung noch nicht. Die Witwen, die zum Teil nur eine Rente von 1 M. pro Tag beziehen, halten die Renteneinstellung des Zentralkomitees für unzureichend. Sie fordern in ihrer Klage entweder die volle Bezahlung der ganzen Spende, oder eine derartige Erhöhung der Rente, daß während der mutmaßlichen Lebensdauer der Hinterbliebenen das Kapital aufgeschöpft wird. Wie die Klage ausführt, würde nach der Renteneinstellung des Zentralhilfskomitees noch das volle Kapital vorhanden sein, wenn die Hinterbliebenen verstorben sind. Nach der Schlichtung, so heißt es in der Klage weiter, insbesondere auch nach dem Inhalte des von dem Kammer Komitee erlassenen Auftrages, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es die Pflicht der Spender gewesen ist, Gelder zu geben, die unverzüglich an die Hinterbliebenen verteilt werden sollten. Nach der Lebenserfahrung hat kein Spender daran gedacht, den Hinterbliebenen nur die Zinsen der gesammelten Beträge zukommen zu lassen, es sollte vielmehr die augenblickliche Not durch sofortige Maßnahmen gelindert werden. Die von dem Komitee beabsichtigte Verteilung der Spende entspricht also sicherlich dem zu vermutenden Willen der Geber nicht. Die Spender werden ansichtslos gewaltt haben, daß die gesammelten Beträge, sei es in Teilzahlungen oder in irgendeiner anderen Form, jedenfalls aber unverzüglich, den Hinterbliebenen zufließen sollten. Darum fordert der Klageantrag in erster Linie die Auszahlung der Gelder, während der Einnahmestruktion der Standpunkt vertritt, daß die Summe mindestens verpflichtet sind, Kapital und Zinsen der eingegangenen Gelder den Hinterbliebenen unverzüglich zufließen zu lassen und nicht für Zwecke zu verwenden, an die die Spender gar nicht gedacht haben können.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Arbeitlosenaktion.

Die städtische Deputation für Statistik hat gestern über die Arbeitlosenaktion in Berlin verhandelt. Für das tägliche Arbeitslohn der letzten amtlichen Zählung nach dem Meldegesetz wurde von der Mehrheit der Deputation die von untern Gewerkschaften vorgemerkte Zählung nach Hauslisten, die einige Tage früher stattfand, verantwortlich gemacht.

Gewisse Stadtdirektor Murrin bestritt sehr entschieden, daß die Arbeitlosenzählung die amtliche Zählung zu fügen; die Wahrheit sei durch das Meldegesetz eben nicht festzustellen. Er beantragte, die nächste vom Magistrat beschlossene Zählung nach dem von Partei und Gewerkschaften angewandten System vorzunehmen. Der Antrag wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. — Beschlossen wurde dann mit derselben Mehrheit, Mitte Mai eine dritte und Mitte August eine vierte Arbeitlosenzählung nach dem Meldegesetz in Groß-Berlin vorzunehmen.

Im Streit.

In Heide münde sind die Farmer und Gießerarbeiter wegen Lokreduktion in den Ausnahm getreten. Zugung ist ferngehalten.

Ein fälschliches Urteil.

Der Haupteiter des Harkorterverbandes in Dresden, G. v. L., wurde vom Meißner Schöffengericht wegen eines gegen die Firma Dieckhoff u. Co. in Meißner gerichteten Flugblattes zu 40 M. Strafe oder vier Tagen Haft verurteilt. Es wurde ihm der Schutz des § 193 Str. G. B. (Wahrung berechtigter Interessen) zugestanden, aber als Urteil in dieser Höhe gefällt, weil eine formale Beteiligung für vorliegend erachtet wurde.

In dem Flugblatt wurde der Firma vorgeworfen, daß sie die organisierten Arbeiter zugunsten der „Gelben“ maßregelt. Dieser Vorwurf wurde durch Zeugen bewiesen. Der Obermeister der Firma nahm an den Verhandlungen der „Gelben“ teil und ein Vorstandsmitglied ist zugleich auch Angehöriger des Harkort-Verbandsvereins.

Das Ende des Dresdener Zigarrenarbeiterstreiks. Der Harkortarbeiterausstand bei der Firma G. v. L. in Dresden ist zugunsten der Arbeiter erledigt. Das gemäßigtere Mitglied des Arbeiterausschusses wurde mit vollen Bedenken wieder aufgenommen, ebenso sollen sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden.

Kommunales.

Schmergeleypresseung zu Wahlzwecken.

Eine Angelegenheit, die in den Kreisen der Berliner städtischen Verwaltung großes Aufsehen erregt hatte, beschäftigt heute die 10. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Unter der Anklage des Betruges hatte sich der frühere freieinige Stadtdirektor, Stephan Fährndrich zu verantworten. Der Angeklagte war seit Anfang der 90er Jahre Mitglied der städtischen Grundeigentums-Deputation; zu seinen Kollegen gehörte auch die Verlegung der Vorarbeiten bei der Verachtung städtischer Grundstücke. Im Mai 1907 waren in Nummernburg drei städtische Wassergrundstücke zu vermieten. Ein Käufer hatte für eins der Grundstücke 1800, ein anderer 1800 M. geboten. Fährndrich erklärte nun den, der das niedrigste Gebot abgegeben hatte, 300 M. zu „legentlichen wohnlichen Zwecken“ zu spenden. Er werde, falls das gefälle, verüben, den höheren Bieter zur Zurücknahme seines Angebotes zu bewegen. Die 300 M. wurden gegeben und der Angeklagte überließ sie dem freikannigen Wohnhaus. Im übrigen aber hielt er sein Wort. Das Gebot von 1800 M. wurde zurückgezogen und der andere bekam den Zuschlag. — Durch Zufall kam die Sache zur Anzeige. Das Gericht verurteilte heute den Fährndrich zu 150 M. Geldstrafe event. zehn Tagen Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß weder Betrag noch Amtsunterschlagung vorliege; der Angeklagte habe sich aber des Vergebens im Amte im Sinne des § 331 des Str. G. B. schuldig gemacht, da er als Beamter ein Geschenk gefordert und angenommen habe. Seine Motive mögen nicht unedel gewesen und

2. Beilage zum Volksblatt.

Gerichtssaal. Schwurgericht.

Salle a. 2., den 8. März.

Unter dem Vorhitz des Landgerichts-Direktors Schubert begann heute die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode, die vornehmlich als zweite Lage in Anspruch nehmen wird. In der ersten Sache handelte es sich um

Mitbringen.

Hierzu erdienten als Angeklagte der 36jährige Waise Karl Wagner, ein 19jährige und eine 24jährige Verkäuferin, sämtlich von hier. Wagner, der sich seit November vorigen Jahres in Unterdrückung befindet, ist bereits wegen Verhülfe zur Verbreitung mit einem 2er Gefängnis verurteilt, die beiden Verkäuferinnen sind bisher unbescholten. Sie wurden beiderseitig im Jahre 1908 in Halle Mitbringungen unternehmen zu haben, wobei Wagner ihnen die Mittel verabreicht haben soll. Zu der Verhandlung ist eine Gefängnisführerin als Zeugin und ein Geheimrat als medizinischer Sachverständiger geladen. Die Anklage vertritt der Erste Staatsanwalt, Geheimrat Schube. Als Verteidiger wirkten die Rechtsanwältin G. Garinon und Eugen Berg. Die Verhandlung entsag ich wegen Sittensgefährdung der Öffentlichkeit und hatte das Ergebnis, daß Wagner unter Verhülfe miteinander Umstände wegen verführter und vollendeter Abtreibung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Die Verkäuferinnen wurden unter Jubiläumsgewinnmilderer Umstände zu zwei und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine unhaltbare Morbervergnügs-Anklage.

Des Weilers wurde gegen den 18jährigen Dienstknecht Gustav Frell aus Wilkau bei Werchburg wegen verübten Mordes verhandelt. Frell ist bisher noch unbescholten. Am 14. November v. J. besuchte er die Kirche in Obblitzsch. Im Tausch trat er die ihm bekannte Dienstmagd Elfride Kapfische. Er fragte sie, ob er sie nach Hause bringen dürfe. Sie bejahte wenig Neigung, worauf er ihr Äußerlich erwiderte: „Ja, wenn Du mit einem andern nach Hause gehst, dann nur ein Schwab“. Er trug einen Revolver bei sich, den er mit dem Vorworte von einem Bekannten erhalten haben will. Im Zimmer trank er sich „einen tüchtigen an“. Nach Schluß des Abendessens bot er der Kapfische nochmals eine Begleitung an, wurde aber abgewiesen. Auf der Landstraße blieb er wartend stehen. Als das Mädchen in Begleitung eines Mannes, den er nicht kannte, rief er ihr ein verbes Schimpfwort zu und drohte: „Wach, das Du verdammt, sonst schick ich Dich über den Haufen!“ Er schoß dann mit dem Revolver hinter ihr her. Getroffen wurde niemand.

Salle a. 2., 9. März 1909.

Vorhitzer: Landgerichts-Direktor Schubert; Ankläger: Meßner Herold; Verteidiger: Rechtsanwalt Herold. Heute wurde verhandelt gegen den 36jährigen, bisher unbescholten Wegmann Gottfried Wobischkeit von Wolmeck, der des

verübten Mordes

und der Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung beschuldigt wurde. Der Mann, der hoch seit dem 30. November v. J. in Haft befindet, läßt sich dahin gehend vernehmen: Vor elf Jahren lernte er seine jetzt 35 Jahre alte Frau kennen. Aus der Ehe ging ein Sohn hervor, der aber nur sieben Monate alt wurde. Anfangs waren die Eheverhältnisse ganz gut und das Ehepaar wohnte weiterhin in Burgardersdorf bei Wolmeck, wo der Mann seiner Beschäftigung auf dem Schacht nachging. Wegen der erkrankten Mutter des Angeklagten, die bei den Ehe-

leuten wohnte, kam es zu Konflikten. Die Mutter sollte sehr unfaul sein, worüber die Frau öfter erregt wurde. Besonders erheblich wurden die Schwereitigkeiten, als die Eheleute im Laufe der Bernhardtigen Familie wohnten. Der Ehemann hielt sich oft in der Bernhardtigen Wohnung auf und seine Frau kam auf den Verdacht, der Mann habe mit der Frau Bernhardt im intimen Verkehr. Frau Bernhardt soll einmal zu Wohlthat gefügt haben, er sei ein Pantoffelmann, der sich von seiner Frau viel gefallen lasse. Dabei mißhandelte er seine Frau, daß ihr zuweilen die Öhringe aus den Ohren flogen. Im Weißhalsgebilde hielt er sie sehr knapp. In Betragen von 20 und 30 Pfennig mußte sie ihm das Geld zum Lebensunterhalt abgeben. Der Mann geriet die Frau bei den geringsten Anlässen an den Haaren in der Stube umher und laute sich einen fasten Vorwurf zu dem besonderen Zwecke, seine Frau damit zu schlagen. Am 10. März v. J. verlieh die Frau den Mann und zog infolge der Mißhandlungen zu ihren Eltern in Oberhausen. Als sie dann aber von ihm Unterhaltskosten verlangte, sagte er, sie solle wieder zu ihm kommen. Die Frau ließ sich ab und kam am 15. Oktober wieder zu ihm, nachdem er von Bernhardt ausgezogen war. In den ersten Tagen vertrat sich das Paar wieder. Dann entließ aber wieder der alte Herr. Der Ehemann dachte sein Weib in eine besondere Kammer und ließ sich durch Veranlagung der Eir von seiner Frau ab. Seine Frau war nur unter der Bedingung zu ihm gezogen, daß er den Verkehr mit der Bernhardtigen Familie aufhebe. Der Angeklagte verkehrte aber nach wie vor bei Bernhardt; er hatte der Frau Bernhardt sogar seine Gehaltsliste von 124 M. zum Aufbewahren übergeben.

Am Morgen des 28. November zeigte sich der Mann in aufgestrichelter Kleidung seiner Frau gegenüber besonders garlich. Er streichelte ihr die Backen und küßte sie, mit ihm abends nach Greifenhagen zu den Eltern zu gehen, um dort eine Aussprache herbeizuführen. Der Frau war es aber aufgefallen, daß ihr Mann schon früh nach dem Hammer verlangt habe. Die Frau ließ sich auch bestimmen, mit ihrem Manne abends 6 Uhr nach Greifenhagen zu gehen und nach Greifenhagen zu gehen. Der Mann ließ sich durch Veranlagung der Eir von seiner Frau ab. Seine Frau war nur unter der Bedingung zu ihm gezogen, daß er den Verkehr mit der Bernhardtigen Familie aufhebe. Der Angeklagte verkehrte aber nach wie vor bei Bernhardt; er hatte der Frau Bernhardt sogar seine Gehaltsliste von 124 M. zum Aufbewahren übergeben.

er verhaftet. Die Frau, die neun Zentimeter lange Wunden am Kopfe hatte, wurde im Krankenhaus ein Vierteljahr lang behandelt. Jetzt ist sie wieder hergestellt.

Schöffengericht.

Eine ziemlich freie Zeit legte ein bereits wegen Eigentumsvergehens vorbestrafter Fabrikarbeiter an den Tag. Er ging bei einer Frau, in deren Wohnung keine Frau wohnte, ein und aus und mißbrauchte ihre Gastfreundschaft dadurch, daß er für eine Spardürfte mit 104 M. Inhalt wegnahm. Als er im Gerichtsaal gefragt wurde, weshalb er das getan habe, sagte er: „Weil mir die Frau das Geld gesiebt hat. Sie durfte es mir nicht zeigen, weil sie mußte, daß ich arbeitslos war.“ Mit Würdigung auf seine Dreistigkeit wurde der Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus den Nachbarkreisen.

Achtung, Zeitungs-Expediten!

Alle Briefe und Geldsendungen sind zu adressieren an den Verlag des „Volksblattes“, Halle a. S., Burgstr. 42/43. — Sendungen mit anderer Aufschrift erleiden unliebsame Verzögerungen.

Zum Unglück auf Grube „Friedrich III.“

Bei Solmszheim, wo bekanntlich ein Bergarbeiter verunglückt und getötet wurde, geht uns nachfolgender Bericht eines Augenzeugen zu. Das Schicksal lautet:

„Ich habe seit circa vier Wochen auf Grube „Friedrich III.“ bei Holszheim gearbeitet und wurde vom Obersteiger Seifert mit dem Betriebe angenommen, in Aufarbeiten mindestens 48 M. in vierzehn Tagen zu verdienen. Als wir nun 50 M. verdienten, legte Herr Obersteiger Seifert: „Ich werde euch schon Arbeit verschaffen, wo ihr nichts verdient.“ Und er hat sein Wort gehalten, denn er hat uns Arbeit gegeben, wo wir nicht nur nichts verdienten, sondern wir nur in unser Leben auf's Spiel legen mußten. Wir mußten eine Fabrikdecke durch alle Brüche arbeiten, welche vor und nach Weihnachten schon bearbeitet war, doch bekamen wir dazu kein Grundlohn, sondern nur abgeklärte Schwarzen, welche so schmerz waren, daß sie in keiner Weise genützten. Als ich sagte, daß es nicht möglich ist, mit diesem Solge zu arbeiten, sagte Seifert: „Wer mit dem Solge nicht arbeiten will kann nach Hause gehen, anders geht es nicht.“

Nur um einer Familien in dieser schweren Zeit nicht hungern zu lassen, arbeiteten wir weiter. Der Obersteiger mußte wissen, daß das Gebirge zusammenbrechen mußte, wenn es nicht genügend ausgehauet wird. Als wir uns Hols auf alten, nicht mehr befahrenen Strecken herausholten, ließ Seifert das Hols werden weglohen und sagte: „Wenn ihr baut, kriegt ihr es nicht bezahlt. Ich besahe nur die Wägen, die herauskommen.“

Somit war es ganz unermesslich, daß die Strecke zusammenbrechen mußte. Als das Unglück geschah, mein Kamerad verunglückt war, und ich den Obersteiger habe, traute er

Berthold Meryan.

[Nachr. verb.]

Roman von Cornelle Hugens.
(Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

Berthold antwortete nichts und sah wieder nach den Tauben, als ob Carla gar nicht bei ihm wäre; sie dagegen vernahmte ihn in dem Gemurle ihres Herzens und legte sich die Frage vor, ob nicht all' seiner sogenannten Freundschaft und Geliebtheit doch eigentlich nicht ein halber Biest lie. — Mindestens redete er ganz danach.

„Wichtig wandte er sich wieder zu ihr hin; er blidte sie aber nicht an, sondern schien über sie hinweg zu sehen.“

„Tausendmal schlimmer als die bögel-schlingenden Kraken und Menschen finde ich die Dämonenmode, die Dämon mit der Reichen der armen erdorneten Waldbewohner aufzuputzen.“

„Sie wurde feuerrot und nahm ihren Hut ab, auf welchem ein gold-grünes Vögelchen mit ausgebreiteten Flügeln prangte.“

„Galt böse, halb verlegen betrachtete sie daselbe, er beschränkte es dann ebenfalls, und beide richteten darauf ihre Blicke gegeneinander.“

„Sie trat wieder wirklich behaupten, die Vögel so sehr zu lieben?“ fragte er in einem Tone, aus dem ungeachtet seiner Absicht, höflich zu sein, doch eine gewisse Veringschätzung durchschimmerte.

„Sie erwiderte wieder aufs neue, aber diesmal aus Horn über seine Unhöflichkeit.“

„Sich es denn so schlimm, ein Vögelchen auf dem Hute zu tragen?“ fragte sie abschließend. „Ich trage es ja auch bloß, weil ich die Vögel so gerne habe.“

„Frauen sind bei Licht gesehen doch ganz unzurechnungsfähige Wesen.“ dachte Berthold. „Man kann gegen sie wirklich nicht nachsichtig genug sein.“

„Ja, meinte, Sie hätten behauptet, die Vögel so außerordentlich zu lieben.“ sagte er noch einmal, indem er wieder nach den Tauben blickte und mit Verwirrung feststellte, daß das betrogene Ehemännchen, nachdem der Liebhaber fortgegangen war, sein Weibchen tüchtig abstrakte und am Flügel über den Boden schleifte.

Eine Däse Wohnung, was er meinte, kam ihr plötzlich zum Bewußtsein.

„Glaubt schaute er sie an und begegnete ihren Augen, die nach einem schnellen Blick ins Schicksal senkten, als wenn sie sich fürchtete, ihn darin sehen zu lassen.“

„Er blidte auch sorglich wieder vor sich hin, und dann folgte eine Stille.“

„Sie haben da eine wirklich Selbstaht berichtet.“ bemerkte er endlich mit einem Blick auf den zu einer Ruine gewordenen Hut; „und ich danke Ihnen auch im Namen aller wegen einer sinnlosen Mode erzwungenen Beschäftigten, die ich Ihnen aber nicht schenken werde, auf diesen Hülfsgrund, nun setzen zu verzichten.“

„Er fragte dies mit einer ähnlichen Weißbegehrte, mit welcher er die Gedanken und Empfindungen eines ihm fremden Intellektes hatte unteruchen mögen.“

„Mein, sondern ich finde es angenehm, etwas zu tun, was in Ihren Augen gut erscheint.“

„Er erschrak und sah sie wieder an, aber sie blidte vor sich hin und boberte mit ihren spizen Laichhaken in dem Kieselboden herum.“

„Ich glaube, Sie hätten sich selbst davon überzeugt, wie groß barbarisch eine Mode doch eigentlich ist, welche vorschreibt, Leichen als Schmuckgegenstände zu tragen. Man wird unwillkürlich an die nordamerikanischen Volksstämme erinnert, welche sich die Schale ihrer Feinde umhängen. Oder ist das nicht genau daselbe?“

„Er fragte dies so sanft und gültig, als wenn er zu einem kleinen Kinde gesprochen hätte.“

„Menschen und Tiere sind aber doch nicht daselbe.“ wagte sie endlich zu erwidern. „Er kam ihr so lächerlich vor, daß sie einen Augenblick verlor, ihn auszulachen.“

„Wenn Sie behauptet hätten, die Vögel zu verabscheuen, wie ich wenigstens Ihnen behaupten möchte, mich aber Ihnen gut zu verwindern. Aber Sie nannten die Vögel in Ihre Liebliche, und Sie hatten die Kraken, weil sie den Vögeln nachhellen. Aber glauben Sie denn wirklich, es machte für die Vögel einen Unterschied, ob sie in einen Krakenmagen oder auf einen Hut gelangen?“

„Sie antwortete nicht, sondern dachte an Johann, der so arm und so unglücklich sein konnte und sie erwiderte ihrem Schicksal, welches sie dazu verurteilt hatte, nach diesem elchhaften Sonderling nun zu argen.“

„Er hielt das Stillstehen für einen Beweis, daß sie ihre Antonequenz einzulassen begann, und er bemerkte deshalb nach einigen Augenblicken:

„Kürzlich las ich von einem jungen englischen Lord, der seine Frau im Etage ließ, nachdem er erfahren, daß sie alle wichtigen Tugenden in sich vereinigte, und er erwiderte ihm die Brautzeit mit den Wägen zu garnieren. Es war ihm einleuchtend, daß eine Frau, die einer solchen Barbarei fähig

wäre, keine wahre Bildung besitzen könnte. Und das meinen Sie sicherlich doch auch nicht wahr?“

„Ja, selbstverständlich!“ sagte sie diesmal ganz aufrichtig. „Man stelle sich nur einmal vor, daß alle jene weißen Tauben Brüben um eines Kleides willen umgebracht werden sollten! Wie kann man denn nur auf einen solchen Gedanken gelangen!“

„Ihr Herz ist doch gut!“ dachte Berthold mit einem trübigen Beschäft. „Sie ist nur gänglich außerordentlich, zwei Gedanken logische miteinander zu verbinden.“

„Er stand auf und holte den weggeformten Vogel, der wie ein grüner Geseßeln in der Sonne glänzte. „Sehen Sie doch“, sagte er zu ihr zurückkehrend, „wie schön ist nicht der Vogel mit seinem feingestricelten Kröpfchen und dem elbenbenen Schändelchen, welches einst auch genährt mal das herrliche Stridien ausgeblüht hat! Welch ein Freud, daß von diesen besagten Vögeln jedes Jahr Zehntausende in Kisten und Etreden den langamen Wärrterodot sterben müssen, um als Modewerkzeug zu dienen!“ Während er sprach, streichelte er die prächtigen Flügel. Dann holte er, einer plötzlichen Eingebung folgend, einen Spaten, welcher unter dem Taubenschlag stand, und nach damit ein Stück Wärrerodot heraus.“

„Wir wollen ihn begraben; das ist das Einzige, was wir noch für ihn tun können. Er möchte sich sonst vielleicht noch auf den Hut der Gärtnereifrau verirren.“

„Er legte ihn nun sanft und vorsichtig in die leichte Erde, bedeckte das Rasenstück darauf und drückte den Boden wieder fest. Sie fand ihn unglücklich lädeltlich, und sie schaute mit einem Gefühl des Schmerzes unwillkürlich nach ihrem entstellten Hut.“

„Er sah diesen Blick und erriet ungefahr, was innerlich in ihr vor sich zu gehen, aber er wollte nicht, sondern er schloß es noch mehr zu, ja, noch, daß sie den Vogel nicht aus einer leichten Schicksalfolgerung, sondern bloß feinsinnigen entfernt hatte. Diese Empfindung berührte ihn so neu und fremdartig, daß er während mehrerer Sekunden nicht wußte, was er sagen sollte. Wie sie so sah mit dem bloßen Kopf und mit dem armen Hut, wie sie so sah, meinte er, er hätte sie nicht, was er nicht mehr weiß, was es eigentlich verbrochen haben soll, mußte er sie unvermerkt anbliden. Er verlangte nichts so sehr, als nochmals ihren Augen zu begegnen, die so so harte und abgerundet hat.“

„Sind Sie mir darüber böse, was ich Ihnen vorhin gesagt habe?“

„Ohne aufzusehen, schüttelte sie sanft und traurig den Kopf. „Entschuldig hatte sie nun in seinem Tone etwas herausgehört.“

„Es tut mir jetzt wirklich leid, wie ich zu Ihnen gesprochen habe.“



